

SGB 055/2012

*Sperrfrist bis am  
Dienstag 8. Mai 2012,  
10:30h*

## ***Massnahmenplan 2013 zur Erreichung eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes***

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates  
an den Kantonsrat von Solothurn  
vom 8. Mai 2012, RRB Nr. 2012/933

### **Zuständiges Departement**

Finanzdepartement

### **Vorberatende Kommission(en)**

Finanzkommission

## Inhaltsverzeichnis

|                                                 |    |
|-------------------------------------------------|----|
| Kurzfassung .....                               | 3  |
| 1. Ausgangslage .....                           | 5  |
| 1.1 Finanzielle Chancen und Risiken .....       | 6  |
| 1.2 Chancen .....                               | 6  |
| 1.3 Risiken.....                                | 6  |
| 1.4 Massnahmenplanung .....                     | 7  |
| 1.5 Vernehmlassungsverfahren.....               | 7  |
| 1.6 Erwägungen, Alternativen .....              | 7  |
| 1.7 Methodik .....                              | 8  |
| 2. Verhältnis zur Planung .....                 | 8  |
| 3. Auswirkungen .....                           | 8  |
| 3.1 Staatskanzlei .....                         | 9  |
| 3.2 Bau- und Justizdepartement.....             | 9  |
| 3.3 Departement für Bildung und Kultur.....     | 10 |
| 3.4 Finanzdepartement .....                     | 10 |
| 3.5 Departement des Innern .....                | 11 |
| 3.6 Volkswirtschaftsdepartement .....           | 12 |
| 4. Personelle und finanzielle Konsequenzen..... | 12 |
| 4.1 Personelle Konsequenzen .....               | 12 |
| 4.2 Finanzielle Konsequenzen .....              | 12 |
| 4.3 Vollzugsmassnahmen .....                    | 14 |
| 4.4 Folgen für die Gemeinden .....              | 14 |
| 4.5 Wirtschaftlichkeit.....                     | 14 |
| 5. Rechtliches.....                             | 14 |
| 5.1 Rechtmässigkeit .....                       | 14 |
| 5.2 Zuständigkeit .....                         | 15 |
| 6. Antrag.....                                  | 15 |
| 7. Beschlussesentwurf .....                     | 17 |

## Anhang/Beilagen

Massnahmenplan 2013

## Kurzfassung

Seit einiger Zeit ist absehbar, dass sich die Finanzlage des Kantons Solothurn ab dem Jahr 2012 verschlechtern wird. Nachdem von 2003 bis 2011 in einer Folge neun positive operative Resultate ausgewiesen werden konnten, hat sich die finanzpolitische Ausgangslage in diesem Jahr deutlich verschlechtert. Der Kantonsrat hat am 14. Dezember 2011 den Voranschlag 2012 mit einem operativen Fehlbetrag von 110 Mio. CHF verabschiedet.

Diese Entwicklung hat insbesondere folgende Gründe:

- Eine neue Vereinbarung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) mit dem Bund führt dazu, dass die Gesamtausschüttungen an Bund und Kantone von bisher 2,5 Mia. CHF auf 1 Mia. CHF reduziert werden. Ursprünglich gingen wir davon aus, dass für 2011 keine Ausschüttung erfolgen wird. Da die SNB aber für 2011 einen Gewinn von 13 Mia. CHF ausweist (vgl. Geschäftsbericht der SNB vom 5. April 2012), kann der Kanton Solothurn mit einer Ausschüttung von 21 Mio. CHF rechnen, was einen Rückgang von 33 Mio. CHF bedeutet.
- Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) mit der freien Spitalwahl führt beim Kanton im Jahr 2012 zu Mehrkosten von rund 40 Mio. CHF (Kostenbeteiligung des Kantons von 50 %), bis 2017 zu rund 60 Mio. CHF (wenn der Kanton den gesetzlich vorgeschriebenen Satz von 55 % der Spitalkosten tragen wird).
- Deutliche Kostensprünge verzeichnen namentlich die Bereiche Bildung (verschiedene vom Volk und dem Kantonsrat gutgeheissene Reformen) und Soziales. Bei Letzterem fällt die deutliche Kostenzunahme bei den Ergänzungsleistungen im Alter und IV (EL AHV/IV) sowie bei der Pflegefinanzierung auf.
- Die vom Kantonsrat beschlossene Steuersatzreduktion von 104 auf 100 % der Staatssteuer bei natürlichen Personen führt 2012 zu Einnahmenausfällen von 22,5 Mio. CHF. Zudem wird ab diesem Jahr auch der zweite Teil der Steuergesetzreform 2007 wirksam, was zu Einnahmenausfällen von rund 15 Mio. CHF führt. Weiter führt die labile Wirtschafts- und Finanzlage zu tieferen, volatilen Steuererträgen bei den juristischen Personen.

Wie bereits verschiedentlich angekündigt, sehen wir uns deshalb veranlasst, Ihnen einen umfassenden Massnahmenkatalog zu unterbreiten, damit mittelfristig wieder ein ausgeglichenes operatives Ergebnis erreicht werden kann. Das vorgeschlagene Paket umfasst für den Zeitraum ab 2013 Massnahmen von gesamthaft 52 bis 100 Mio. CHF, davon auf der Aufwandseite Einsparungen zwischen 21 und 55 Mio. CHF und auf der Ertragsseite Mehreinnahmen von 31 bis 45 Mio. CHF.

Der vorliegende Massnahmenkatalog ist in der Finanzplanung des IAFP 2013-16 nicht enthalten. Es ist eine Auflistung von Massnahmen, welche im Detail noch beschlossen werden müssen. Erst nach rechtmässigem Beschluss werden die einzelnen Massnahmen in die Finanzplanung integriert.



Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf über den Massnahmenplan 2013 zur Erreichung eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes.

## 1. Ausgangslage

Seit einiger Zeit ist absehbar, dass sich die Finanzlage des Kantons Solothurn ab dem Jahr 2012 verschlechtern wird. Nachdem von 2003 bis 2011 in einer Folge neun positive operative Resultate ausgewiesen werden konnten, hat sich die finanzpolitische Ausgangslage in diesem Jahr deutlich verschlechtert. Der Kantonsrat hat am 14. Dezember 2011 den Voranschlag 2012 mit einem operativen Fehlbetrag von 110 Mio. CHF verabschiedet. Das Eigenkapital des Kantons wird sich um diesen Betrag vermindern. Zudem genehmigte der Kantonsrat Nettoinvestitionen von 128 Mio. CHF, was zu einem Finanzfehlbetrag von 176 Mio. CHF führen wird. In diesem Umfang wird sich der Kanton Solothurn neuverschulden müssen.

Gemäss IAFP 2013-16 wird das Jahr 2013 mit einem Fehlbetrag von rund 120 Mio. CHF und die Jahre 2014-16 mit solchen von 143 bis knapp 160 Mio. CHF abschliessen, was ohne Gegenmassnahmen zur Folge haben könnte, dass das Eigenkapital im Verlaufe des Jahres 2016 aufgebraucht sein wird, ein Bilanzfehlbetrag resultiert und damit die Schuldenbremse wirksam werden wird.

Diese Entwicklung hat insbesondere folgende Gründe:

- Die Schweizerische Nationalbank (SNB) und das Eidg. Finanzdepartement (EFD) haben aufgrund der grossen Verluste der SNB im Jahre 2010, verursacht durch die währungspolitischen Interventionen am Devisenmarkt, am 21. November 2011 eine neue Vereinbarung über die Ausschüttung an den Bund und die Kantone abgeschlossen. Danach werden die Ausschüttungen auf 1 Mia. CHF beschränkt, sofern die Ausschüttungsreserve einen positiven Saldo ausweist. Höhere Ausschüttungen können erst ausgehandelt werden, sofern die Ausschüttungsreserve einen Stand von 10 Mia. CHF erreicht hat. Diese neue Vereinbarung führt dazu, dass die Gesamtausschüttungen an Bund und Kantone von bisher 2,5 Mia. CHF auf 1 Mia. CHF reduziert werden. Ursprünglich gingen wir davon aus, dass für 2011 keine Ausschüttung erfolgen wird. Da die SNB aber für 2011 einen Gewinn von 13 Mia. CHF ausweist (vgl. Geschäftsbericht der SNB vom 5. April 2012), kann der Kanton Solothurn mit einer Ausschüttung von 21 Mio. CHF rechnen, was einen Rückgang von 33 Mio. CHF bedeutet.
- Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) mit der freien Spitalwahl führt beim Kanton im Jahr 2012 zu Mehrkosten von rund 40 Mio. CHF (Kostenbeteiligung des Kantons von 50 %), bis 2017 zu rund 60 Mio. CHF (wenn der Kanton den gesetzlich vorgeschriebenen Satz von 55 % der Spitalkosten tragen wird).
- Deutliche Kostensprünge verzeichnen namentlich die Bereiche Bildung (verschiedene vom Volk und dem Kantonsrat gutgeheissene Reformen) und Soziales. Bei Letzterem fällt die deutliche Kostenzunahme bei den Ergänzungsleistungen im Alter und IV (EL AHV/IV) sowie bei der Pflegefinanzierung auf. So haben sich beispielsweise die Nettokosten für den Kanton Solothurn bei der EL AHV/IV seit 2007 von 46 auf 89,8 Mio. CHF im Jahr 2011 nahezu verdoppelt und auch für die Zukunft ist mit signifikanten Kostensteigerungen in diesem Bereich zu rechnen (vgl. IAFP 2013 – 16).

- Die vom Kantonsrat beschlossene Steuersatzreduktion von 104 auf 100 % der Staatssteuer bei natürlichen Personen führt 2012 zu Einnahmenausfällen von 22,5 Mio. CHF. Zudem wird ab diesem Jahr auch der zweite Teil der Steuergesetzreform 2007 wirksam, was zu Einnahmenausfällen von rund 15 Mio. CHF führt. Weiter führt die labile Wirtschafts- und Finanzlage zu tieferen, volatilen Steuererträgen bei den juristischen Personen. In den nächsten Jahren ist überdies mit dem Ausgleich der kalten Progression zu rechnen, was wiederum markante Ertragsausfälle mit sich bringen wird.

Trotz Sparbemühungen im Rahmen der Budgetberatungen für das Jahr 2012 rechnen wir (unter Berücksichtigung der nicht budgetierten Ausschüttung der SNB) mindestens mit einem Defizit von 89,5 Mio. CHF. Da der grösste Steuerzahler des Kantons, die Alpiq AG, für 2011 einen Verlust von 1,346 Mia. CHF ausweist und der Kanton Solothurn mit seiner starken Exportabhängigkeit auch unter dem hohen Schweizer Franken leidet, gehen wir davon aus, dass wir die budgetierten Steuereinnahmen zumindest bei den juristischen Personen nicht erreichen werden. Auch werden die Finanzerträge deutlich unter Budget abschliessen (massive Kürzung der Alpiq-Dividende von letztes Jahr CHF 8.70 auf CHF 2.- je Aktie, was einen Rückgang des Ertrages für den Kanton von 13,2 Mio. CHF auf 3 Mio. CHF mit sich bringt).

Wohl verfügt der Kanton Solothurn Ende 2011 noch über ein Eigenkapital von 571,6 Mio. CHF. Dieses vermag allerdings die Risiken der folgenden Jahre nicht mehr aufzufangen. Würde man der weiteren Entwicklung mit dem absehbaren strukturellen Defizit von rund 150 Mio. CHF nicht mit Gegenmassnahmen entgegentreten, wäre das vorhandene Eigenkapital im Jahre 2014 bereits aufgebraucht und es würden sich Bilanzfehlbeträge einstellen. Die Folge davon wären einerseits ein schlechteres Kreditrating der Ratingagentur Standard & Poor's (zur Zeit AA+, stabil) und damit schlechtere Konditionen bei der Geldaufnahme auf dem Kapitalmarkt, andererseits würde die Schuldenbremse wirken, was den finanziellen Spielraum des Kantons empfindlich einschränken und mit zeitlicher Verzögerung wiederum zur Erarbeitung eines Massnahmenpaketes führen würde, allerdings in einem grösseren Umfang und mit einem markanten Leistungsabbau.

### 1.1 Finanzielle Chancen und Risiken

Es bestehen zweifellos auch finanzielle Chancen und Risiken, welche im IAFP noch nicht abgebildet sind, weil sie zeitlich und auch vom Betrag her noch nicht klar zu definieren sind.

### 1.2 Chancen

Die Wirtschaftsprognosen für die nächsten Jahre haben sich etwas verbessert. Sollte sich eine entsprechende Erholung der Wirtschaft tatsächlich einstellen und zugleich auch die hohe Bewertung des Frankens ein Ende finden, würde sich das auch positiv auf die Steuererträge auswirken.

### 1.3 Risiken

Allerdings bestehen auch nachhaltige finanzielle Risiken, die im IAFP noch nicht festgehalten werden konnten.

Dabei ist in erster Linie ist die Sanierung der Pensionskasse des Kantons Solothurn (PKSO) zu erwähnen. Die PKSO weist per 31.12.2011 eine Deckungslücke von 1,092 Mia. CHF aus, was einem Deckungsgrad von 70,8 % entspricht. Auch wenn die Details noch Bestandteil laufender Verhandlungen sind, ist abzusehen, dass über die nächsten Jahre erhebliche Belastungen in zweistelliger Millionenhöhe für den Staatshaushalt entstehen werden, selbst wenn die Sanierung über die nächsten 40 Jahre verteilt wird.

Die weitere Konjunkturentwicklung ist – wie bereits erwähnt - schwer zu prognostizieren, was sich in weiterhin volatilen Steuererträgen insbesondere bei den juristischen Personen manifestieren wird.

Die Neuordnung des innerkantonalen Finanzausgleichs wird ab 2016 die bisherige Übergangslösung (zusätzliche Einlage des Kantons in den direkten Finanzausgleich von 15 Mio. CHF), welche 2015 spätestens ausläuft, ersetzen. Es ist noch nicht abzusehen, wie hoch die Einlage des Kantons in den direkten Finanzausgleich in der definitiven Fassung sein wird.

Ferner gehen wir davon aus, dass im Zusammenhang mit den Altlasten (beispielsweise beim Stadtmist Solothurn) finanzielle Forderungen auf den Kanton zu kommen könnten.

#### 1.4 Massnahmenplanung

Wie bereits verschiedentlich angekündigt, sehen wir uns deshalb veranlasst, Ihnen einen umfassenden Massnahmenkatalog zu unterbreiten, damit mittelfristig wieder ein ausgeglichenes operatives Ergebnis erreicht werden kann. Das vorgeschlagene Paket umfasst für den Zeitraum ab 2013 Massnahmen von gesamthaft 52 bis 100 Mio. CHF, davon auf der Aufwandseite Einsparungen zwischen 21 und 55 Mio. CHF und auf der Ertragsseite Mehreinnahmen von 31 bis 45 Mio. CHF.

#### 1.5 Vernehmlassungsverfahren

Zum vorliegenden Massnahmenpaket wurde keine vorgängige Vernehmlassung durchgeführt. Sollte der Kantonsrat dem vorliegenden Massnahmenplan zustimmen, werden zu den einzelnen Massnahmen Detailvorlagen ausgearbeitet, welche gegebenenfalls einem Vernehmlassungsverfahren unterzogen werden können.

#### 1.6 Erwägungen, Alternativen

Wie bereits dargelegt, gibt es zur Ausarbeitung eines Massnahmenplanes keine Alternative. Würde der Regierungsrat keine strukturellen Massnahmen in der vorliegenden Form vorschlagen, entstünde ein strukturelles Defizit für den Kanton Solothurn von mindestens 100 - 150 Mio. CHF. Dieses einfach tatenlos hinzunehmen, wäre verantwortungslos und würde die gute finanzielle Ausgangslage innert kürzester Zeit zunichte machen.

Erschwerend bei der Ausarbeitung des Massnahmenplanes sind allerdings zwei Faktoren:

- Die Solothurner Verwaltung wurde in der Vergangenheit bereits mehreren strukturellen Bereinigungen (z.B. STRUMA, So+) unterzogen. Im Vergleich zu anderen Kantonen gilt die Verwaltung als schmal und effizient. Noch weitere Einschnitte in der auch durch die jahrelange Anwendung der WOV-Philosophie auf das Notwendige zurückgestufte Verwaltung vorzunehmen, fällt zusehends schwer. Andere Kantone, welche auch gezwungen sind, Sparpakete zu schnüren, haben diesbezüglich einen ungleich grösseren Spielraum.
- Die beeinflussbaren Ausgaben des Kantons nehmen laufend ab. Im IAFP 2008-11 haben wir diese Tendenz ein erstes Mal abgebildet. Dem IAFP 2013-16 ist zu entnehmen, dass sich der beeinflussbare Teil der Gesamtausgaben inzwischen von rund 35 % auf 30 % reduziert hat. Diese Tendenz hält weiterhin an und macht es um so schwieriger, Mehrkosten, welche exogen entstehen, innerhalb des beeinflussbaren Rahmens zu kompensieren (so müssen beispielsweise die zusätzlichen Kosten aus der KVG-Revision durch die beeinflussbaren Kosten in der Autonomie des Kantons oder durch Steuererhöhungen kompensiert werden).

## 1.7 Methodik

Der vorliegende Massnahmenkatalog ist in der Finanzplanung des IAFP 2013-16 nicht enthalten. Es ist eine Auflistung von Massnahmen, welche im Detail noch beschlossen werden müssen. Erst nach rechtmässigem Beschluss werden die einzelnen Massnahmen in die Finanzplanung integriert.

Der IAFP 2013-16 enthält Massnahmen, welche von den Departementen bereits in eigener Kompetenz umgesetzt werden können oder solche, die betragsmässig nicht materiell sind (in der Regel unter CHF 200'000.--).

Zu berücksichtigen ist ebenfalls, dass es sich bei den finanziellen Auswirkungen bei den einzelnen Massnahmen um Richtgrössen handelt. Die Beträge wurden aus heutiger Sicht, unter Berücksichtigung der heutigen Rahmenbedingungen, geschätzt und können in der Zukunft durchaus von den getroffenen Annahmen abweichen.

## 2. Verhältnis zur Planung

Mit dem vorliegenden Massnahmenpaket soll das Legislaturziel C 1.4 „Nachhaltige Finanzpolitik“ umgesetzt werden. Die Massnahmenplanung ist dort explizit erwähnt und wird mit dem vorliegenden Geschäft dem Kantonsrat zur Beschlussfassung überwiesen.

Die Einzelmassnahmen sind – wie oben erwähnt – im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2013-16 (IAFP 2013-16) nicht enthalten.

Das zu erwartende operative Ergebnis der Jahre 2013-16 lässt sich demnach wie folgt errechnen (in 1'000 CHF):

|                                 |               |               |               |               |
|---------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Gesamtverwaltung IAFP           | 118'718       | 146'063       | 157'433       | 142'933       |
| - Total Einsparungen Massnahmen | 52'153        | 84'864        | 92'194        | 100'297       |
| <b>Total Aufwandüberschuss</b>  | <b>66'565</b> | <b>61'199</b> | <b>65'239</b> | <b>42'636</b> |

Sobald die 61 Massnahmen im Rahmen von konkreten Vorlagen durch die zuständigen Instanzen beschlossen worden sind, werden sie in den folgenden Jahren in den jeweils aktuellen IAFP und somit in die Planung integriert.

## 3. Auswirkungen

Die Massnahmen verteilen sich auf die Staatskanzlei und sämtliche Departemente. Die Departemente, deren Ausgaben am stärksten beeinflussbar sind, sind betragsmässig auch am stärksten betroffen.

Die Massnahmen sind im Anhang im Detail dargestellt. Ersichtlich sind in der tabellarischen Darstellung jeweils das Ziel der Massnahmen, eine Kurzbeschreibung, mögliche Abhängigkeiten und Konflikte, der konkrete Antrag sowie die Veränderungskompetenz und die Priorität. Dann werden die Entlastungen für die Jahre 2013-16 und den Folgejahren dargestellt.

Anschliessend werden die Massnahmen summarisch vorgestellt, gegliedert nach Staatskanzlei und Departementen.

### 3.1 Staatskanzlei

Die Staatskanzlei sieht ein Verbesserungspotential im Bereich der Porto-Vereinbarungen mit der Post, welche neu ausgehandelt werden.

|                               | 2013     | 2014       | 2015       | 2016       | Folgejahr  |
|-------------------------------|----------|------------|------------|------------|------------|
| <b>BEH</b>                    | <b>0</b> | <b>100</b> | <b>100</b> | <b>100</b> | <b>100</b> |
| BEH_1 Tarifverhandlungen Post | 0        | 100        | 100        | 100        | 100        |

### 3.2 Bau- und Justizdepartement

Das BJD schlägt insgesamt 16 Massnahmen vor, wie die folgende Gesamtübersicht zeigt:

|                                                                      | 2013         | 2014          | 2015         | 2016          | Folgejahr     |
|----------------------------------------------------------------------|--------------|---------------|--------------|---------------|---------------|
| <b>BJD</b>                                                           | <b>2'201</b> | <b>10'496</b> | <b>5'510</b> | <b>14'142</b> | <b>13'872</b> |
| BJD_1 Gebührenanpassung der Beratungsdienste im Bau                  | 90           | 90            | 90           | 90            | 90            |
| BJD_2 Keine Beiträge an Natur- und Landschaftsschutzorganisationen   | 37           | 37            | 37           | 37            | 37            |
| BJD_3 Keine Beiträge an Ortsplanungsrevisionen                       | 100          | 100           | 100          | 100           | 100           |
| BJD_4 Verwaltungs-Raumkonzept 2025                                   | 373          | 618           | 618          | 1'250         | 2'480         |
| BJD_5 Erhöhung interne Parkplatzgebühren                             | 300          | 300           | 300          | 300           | 300           |
| BJD_6 Keine Beiträge an Verkehrsorganisationen                       | 21           | 21            | 85           | 85            | 85            |
| BJD_7 Verkauf der Autobahnraststätten                                | 0            | 6'100         | 100          | 100           | 100           |
| BJD_8 Realisierung der Bodenkartierung aufschieben                   | 200          | 200           | 200          | 200           | 200           |
| BJD_9 Gelegentliches nachführen der Gefahrenkarten                   | 80           | 80            | 80           | 80            | 80            |
| BJD_10 Verkauf Bootshafen Solothurn                                  | 0            | 1'000         | 0            | 0             | 0             |
| BJD_11 Plafonierung der Investitionsrechnung auf CHF 125 Mio. im BJD | 900          | 1'350         | 1'800        | 2'300         | 2'800         |
| BJD_12 Plafonierung ÖV-Angebot auf Stand 2013                        | 0            | 500           | 2'000        | 2'000         | 2'000         |
| BJD_13 Erhöhung Beiträge aus Lotteriefonds für Denkmalpflege         | 100          | 100           | 100          | 100           | 100           |
| BJD_14 Verkauf Borregaard-Areal                                      | 0            | 0             | 0            | 1'000         | 1'000         |
| BJD_15 Verkauf Schöngrün-Areal                                       | 0            | 0             | 0            | 4'000         | 2'000         |
| BJD_16 Heimfallverzicht Wasserkraftwerke                             | 0            | 0             | 0            | 2'500         | 2'500         |

Darunter sind vor allem Verbesserungen in der Erfolgsrechnung enthalten, aber auch eine Plafonierung der Investitionsrechnung.

Die Massnahmen des Bau- und Justizdepartement teilen sich in Aufwandreduktion und Ertragsverbesserungen folgendermassen auf:

| <b>Massnahmenplan 2013</b>                                           | 2013         | 2014          | 2015         | 2016          | Folgejahr     |
|----------------------------------------------------------------------|--------------|---------------|--------------|---------------|---------------|
| <b>= Aufwandreduktion</b>                                            | <b>1'811</b> | <b>3'006</b>  | <b>5'020</b> | <b>6'152</b>  | <b>7'882</b>  |
| BJD_2 Keine Beiträge an Natur- und Landschaftsschutzorganisationen   | 37           | 37            | 37           | 37            | 37            |
| BJD_3 Keine Beiträge an Ortsplanungsrevisionen                       | 100          | 100           | 100          | 100           | 100           |
| BJD_4 Verwaltungs-Raumkonzept 2025                                   | 373          | 618           | 618          | 1'250         | 2'480         |
| BJD_6 Keine Beiträge an Verkehrsorganisationen                       | 21           | 21            | 85           | 85            | 85            |
| BJD_8 Realisierung der Bodenkartierung aufschieben                   | 200          | 200           | 200          | 200           | 200           |
| BJD_9 Gelegentliches nachführen der Gefahrenkarten                   | 80           | 80            | 80           | 80            | 80            |
| BJD_11 Plafonierung der Investitionsrechnung auf CHF 125 Mio. im BJD | 900          | 1'350         | 1'800        | 2'300         | 2'800         |
| BJD_12 Plafonierung ÖV-Angebot auf Stand 2013                        | -            | 500           | 2'000        | 2'000         | 2'000         |
| BJD_13 Erhöhung Beiträge aus Lotteriefonds für Denkmalpflege         | 100          | 100           | 100          | 100           | 100           |
| <b>= Ertragsverbesserung</b>                                         | <b>390</b>   | <b>7'490</b>  | <b>490</b>   | <b>7'990</b>  | <b>5'990</b>  |
| BJD_1 Gebührenanpassung der Beratungsdienste im Bau                  | 90           | 90            | 90           | 90            | 90            |
| BJD_5 Erhöhung interne Parkplatzgebühren                             | 300          | 300           | 300          | 300           | 300           |
| BJD_7 Verkauf der Autobahnraststätten                                | -            | 6'100         | 100          | 100           | 100           |
| BJD_10 Verkauf Bootshafen Solothurn                                  | -            | 1'000         | -            | -             | -             |
| BJD_14 Verkauf Borregaard-Areal                                      | -            | -             | -            | 1'000         | 1'000         |
| BJD_15 Verkauf Schöngrün-Areal                                       | -            | -             | -            | 4'000         | 2'000         |
| BJD_16 Heimfallverzicht Wasserkraftwerke                             | -            | -             | -            | 2'500         | 2'500         |
| <b>Gesamtergebnis</b>                                                | <b>2'201</b> | <b>10'496</b> | <b>5'510</b> | <b>14'142</b> | <b>13'872</b> |

Die Desinvestitionen (Verkauf Autobahnraststätten, Bootshafen Solothurn und Grundstücke) generieren einmalige Erträge.

Die Investitionen werden auf 125 Mio. CHF plafoniert. Dabei handelt es sich zum Teil um Investitionsverzichte, zum anderen aber auch um eine Verschiebung von Investitionsvorhaben mit tiefer Priorität.

### 3.3 Departement für Bildung und Kultur

Das Departement für Bildung und Kultur unterbreitet gesamthaft 24 Massnahmen zur Realisierung. Dabei handelt es sich durchwegs um Leistungsverzicht oder um Subventionskürzungen. Sämtliche Massnahmen wirken sich auf der Aufwandseite in der Erfolgsrechnung als Verbesserung aus:

|                                                                                        | 2013         | 2014          | 2015          | 2016          | Folgejahr     |
|----------------------------------------------------------------------------------------|--------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| <b>DBK</b>                                                                             | <b>6'277</b> | <b>12'593</b> | <b>19'609</b> | <b>21'090</b> | <b>20'995</b> |
| DBK_1 Anpassung Verteilschlüssel Verordnung über die Berufsbildung (VBB)               | 2'000        | 2'000         | 2'000         | 2'000         | 2'000         |
| DBK_2 Prozessoptimierung und Aufgabenreform der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung | 130          | 200           | 200           | 200           | 200           |
| DBK_3 Verzicht auf externes Lehrstellenmarketing                                       | 0            | 160           | 160           | 160           | 160           |
| DBK_4 Prozessoptimierung und Aufgabenreform Berufsschulen                              | 150          | 500           | 500           | 500           | 500           |
| DBK_5 Prozessoptimierung Kantonsschulen                                                | 200          | 300           | 300           | 300           | 300           |
| DBK_6 Zusammenlegung der Ausbildungsorte des BZ-GS                                     | 0            | 600           | 600           | 600           | 600           |
| DBK_7 Verzicht auf Hauswirtschaftskurse der Gymnasien                                  | 155          | 370           | 370           | 370           | 370           |
| DBK_8 Beitrittsverzicht zum Stipendienkonkordat                                        | 300          | 300           | 300           | 300           | 300           |
| DBK_9 Angebot für besonders Begabte ausserkantonale streichen                          | 24           | 47            | 71            | 71            | 71            |
| DBK_10 Zugang zu ausserkantonalen Lehrwerkstätten begrenzen                            | 58           | 115           | 173           | 173           | 173           |
| DBK_11 Keine Beiträge an Vorbereitungskurse                                            | 0            | 0             | 561           | 1'123         | 1'085         |
| DBK_12 Verzicht auf Frühfremdsprache Englisch                                          | 0            | 0             | 427           | 856           | 856           |
| DBK_13 Verzicht auf Subventionierung der Teamteachinglektionen                         | 0            | 328           | 786           | 786           | 786           |
| DBK_14 Verzicht auf Subventionierung der Wahl- & Freifächer der Sek-I                  | 0            | 594           | 1'425         | 1'425         | 1'425         |
| DBK_15 Lektionskürzung Sek K                                                           | 0            | 42            | 101           | 101           | 101           |
| DBK_16 Lektionskürzung bildnerisches Gestalten                                         | 0            | 85            | 170           | 255           | 255           |
| DBK_17 Lektionskürzung Werken in der Primarschule                                      | 0            | 2'152         | 5'164         | 5'164         | 5'164         |
| DBK_18 Lektionskürzung Musikunterricht                                                 | 0            | 566           | 1'358         | 1'358         | 1'358         |
| DBK_19 Lektionskürzung Deutschunterricht                                               | 0            | 538           | 1'291         | 1'291         | 1'291         |
| DBK_20 Staatsbeiträge an freiwilligen Musikunterricht                                  | 1'260        | 1'260         | 1'260         | 1'260         | 1'260         |
| DBK_21 Weniger Internatsplätze an Sonderschulen                                        | 2'000        | 2'000         | 2'000         | 2'000         | 2'000         |
| DBK_22 Reduktion Frühfremdsprachen                                                     | 0            | 436           | 352           | 257           | 200           |
| DBK_23 Frühfremdsprachen Berufszertifizierungen für Englisch                           | 0            | 0             | 40            | 40            | 40            |
| DBK_24 Reformenmoratorium für Schulprojekte                                            | 0            | 0             | 0             | 500           | 500           |

### 3.4 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement schlägt 10 Massnahmen vor, wobei nebst der beantragten Steuererhöhung auch Verbesserungen auf der Aufgabenseite angestrebt werden.

|                                                                | 2013          | 2014          | 2015          | 2016          | Folgejahr     |
|----------------------------------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| <b>FD</b>                                                      | <b>33'375</b> | <b>41'575</b> | <b>41'575</b> | <b>44'265</b> | <b>39'840</b> |
| FD_1 Räumliche Konzentration Amteibehörden                     | 50            | 750           | 750           | 940           | 940           |
| FD_2 Verzicht auf Aussenvollzug durch die Betreibungsämter     | 300           | 300           | 300           | 300           | 300           |
| FD_3 Optimierung vom Betreibungserfolg                         | 500           | 500           | 500           | 500           | 500           |
| FD_4 Erhöhung Abgabemahngebühr bei der Steuererklärung         | 100           | 100           | 100           | 100           | 100           |
| FD_5 Steuererhöhung natürl. Personen von 104% auf 108%         | 28'000        | 30'000        | 29'000        | 30'500        | 29'000        |
| FD_6 Controlling des Pensenbestandes überarbeiten              | 1'000         | 2'000         | 3'000         | 4'000         | 4'000         |
| FD_7 Fonds - Verrechnungen zu Vollkosten der Verwaltung        | 500           | 500           | 500           | 500           | 500           |
| FD_8 Auflösung der Globalbudgetreserven                        | 2'925         | 2'925         | 2'925         | 2'925         | 0             |
| FD_9 Anpassung der AHV-Ersatzrente an das neue Rücktrittsalter | 0             | 3'900         | 3'900         | 3'900         | 3'900         |
| FD_10 Kreditorenprozess kantonsweit zentralisieren             | 0             | 600           | 600           | 600           | 600           |

Unterteilt man die Massnahmen in Aufwandreduktionen und Ertragsverbesserungen, ergibt sich in den Jahren ab 2014, wenn die Massnahmen auf der Aufwandseite ihre volle Entfaltung entwickeln, ein Verhältnis von einem Drittel Einsparungen und zwei Dritteln Mehrerträgen.

| Massnahmenplan 2013                                            | 2013          | 2014          | 2015          | 2016          | Folgejahr     |
|----------------------------------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| <b>= Aufwandreduktion</b>                                      | <b>4'775</b>  | <b>10'975</b> | <b>11'975</b> | <b>13'165</b> | <b>10'240</b> |
| FD_1 Räumliche Konzentration Amteibehörden                     | 50            | 750           | 750           | 940           | 940           |
| FD_2 Verzicht auf Aussenvollzug durch die Betreibungsämter     | 300           | 300           | 300           | 300           | 300           |
| FD_6 Controlling des Pensenbestandes überarbeiten              | 1'000         | 2'000         | 3'000         | 4'000         | 4'000         |
| FD_7 Fonds - Verrechnungen zu Vollkosten der Verwaltung        | 500           | 500           | 500           | 500           | 500           |
| FD_8 Auflösung der Globalbudgetreserven                        | 2'925         | 2'925         | 2'925         | 2'925         | -             |
| FD_9 Anpassung der AHV-Ersatzrente an das neue Rücktrittsalter | -             | 3'900         | 3'900         | 3'900         | 3'900         |
| FD_10 Kreditorenprozess kantonsweit zentralisieren             | -             | 600           | 600           | 600           | 600           |
| <b>= Ertragsverbesserung</b>                                   | <b>28'600</b> | <b>30'600</b> | <b>29'600</b> | <b>31'100</b> | <b>29'600</b> |
| FD_3 Optimierung vom Betriebungserfolg                         | 500           | 500           | 500           | 500           | 500           |
| FD_4 Erhöhung Abgabemahnggebühr bei der Steuererklärung        | 100           | 100           | 100           | 100           | 100           |
| FD_5 Steuererhöhung natürl. Personen von 104% auf 108%         | 28'000        | 30'000        | 29'000        | 30'500        | 29'000        |
| <b>Gesamtergebnis</b>                                          | <b>33'375</b> | <b>41'575</b> | <b>41'575</b> | <b>44'265</b> | <b>39'840</b> |

Erwähnenswert ist, dass die Steuererhöhung als Massnahme eine Steuersatzerhöhung von 104 auf 108 % vorsieht. Der Regierungsrat schlägt im IAFP 2013-16 für die Planjahre wie schon im IAFP 2012-15 und im regierungsrätlichen Beschlussesentwurf für den Voranschlag 2012 einen Steuerfuss von 104 % für natürliche und juristische Personen vor, unbenommen der Tatsache, dass der Kantonsrat im Dezember 2011 den Steuerfuss für 2012 auf 100 % bei den natürlichen Personen festgesetzt hat.

### 3.5 Departement des Innern

Im Departement des Innern werden 9 Massnahmen beantragt:

|                                                                                 | 2013          | 2014          | 2015          | 2016          | Folgejahr     |
|---------------------------------------------------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| <b>= Ddi</b>                                                                    | <b>10'100</b> | <b>19'900</b> | <b>25'200</b> | <b>20'500</b> | <b>16'800</b> |
| Ddi_1 Senkung Prämienverbilligung                                               | 7'200         | 7'500         | 7'800         | 8'100         | 8'400         |
| Ddi_2 Konzentration der Untersuchungsgefängnisse                                | 0             | 0             | 0             | 0             | 1'000         |
| Ddi_3 Steigerung der Verkehrssicherheit                                         | 1'500         | 1'500         | 1'500         | 1'500         | 1'500         |
| Ddi_4 Erhöhung Motorfahrzeugsteuer                                              | 0             | 4'500         | 4'500         | 4'500         | 4'500         |
| Ddi_5 Ausschöpfung des Gebührenrahmens                                          | 100           | 100           | 100           | 100           | 100           |
| Ddi_6 Verzicht auf Krebsregister                                                | 300           | 300           | 300           | 300           | 300           |
| Ddi_7 Verzicht auf Einführung Mammografie-Screening                             | 500           | 500           | 500           | 500           | 500           |
| Ddi_8 Finanzierung aus dem Lotteriefonds                                        | 500           | 500           | 500           | 500           | 500           |
| Ddi_9 Spitalfinanzierung: Verzicht auf Erhöhung des Kostenanteils 2014 und 2015 | 0             | 5'000         | 10'000        | 5'000         | 0             |

Bei den vorgeschlagenen Massnahmen handelt es sich mehrheitlich um Aufwandreduktionen, wie die folgende Übersicht dokumentiert:

| Massnahmenplan 2013                                                             | 2013          | 2014          | 2015          | 2016          | Folgejahr     |
|---------------------------------------------------------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| <b>= Aufwandreduktion</b>                                                       | <b>8'500</b>  | <b>13'800</b> | <b>19'100</b> | <b>14'400</b> | <b>10'700</b> |
| Ddi_1 Senkung Prämienverbilligung                                               | 7'200         | 7'500         | 7'800         | 8'100         | 8'400         |
| Ddi_2 Konzentration der Untersuchungsgefängnisse                                | -             | -             | -             | -             | 1'000         |
| Ddi_6 Verzicht auf Krebsregister                                                | 300           | 300           | 300           | 300           | 300           |
| Ddi_7 Verzicht auf Einführung Mammografie-Screening                             | 500           | 500           | 500           | 500           | 500           |
| Ddi_8 Finanzierung aus dem Lotteriefonds                                        | 500           | 500           | 500           | 500           | 500           |
| Ddi_9 Spitalfinanzierung: Verzicht auf Erhöhung des Kostenanteils 2014 und 2015 | -             | 5'000         | 10'000        | 5'000         | -             |
| <b>= Ertragsverbesserung</b>                                                    | <b>1'600</b>  | <b>6'100</b>  | <b>6'100</b>  | <b>6'100</b>  | <b>6'100</b>  |
| Ddi_3 Steigerung der Verkehrssicherheit                                         | 1'500         | 1'500         | 1'500         | 1'500         | 1'500         |
| Ddi_4 Erhöhung Motorfahrzeugsteuer                                              | -             | 4'500         | 4'500         | 4'500         | 4'500         |
| Ddi_5 Ausschöpfung des Gebührenrahmens                                          | 100           | 100           | 100           | 100           | 100           |
| <b>Gesamtergebnis</b>                                                           | <b>10'100</b> | <b>19'900</b> | <b>25'200</b> | <b>20'500</b> | <b>16'800</b> |

Beim Verzicht auf die Erhöhung des Kostenanteils bei der Neuen Spitalfinanzierung im Jahr 2014 und 2015 handelt es sich um eine einmalige Massnahme.

### 3.6 Volkswirtschaftsdepartement

Im Volkswirtschaftsdepartement ist folgende Massnahme als Aufwandreduktion vorgesehen:

|                                                                   | 2013       | 2014       | 2015       | 2016       | Folgejahr  |
|-------------------------------------------------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| <b>VWD</b>                                                        | <b>200</b> | <b>200</b> | <b>200</b> | <b>200</b> | <b>200</b> |
| VWD_1 Organisationsüberprüfung und Konzentration des AMB auf zwei | 200        | 200        | 200        | 200        | 200        |

## 4. Personelle und finanzielle Konsequenzen

### 4.1 Personelle Konsequenzen

Das Massnahmenpaket führt zu keinem unmittelbaren Stellenabbau. Der geschätzte zusätzliche interne Aufwand ist bei den einzelnen Massnahmen in Personentagen angegeben.

Mit der Massnahme FD\_06 wird ein kontrolliertes und gemässiges Stellenwachstum angestrebt, welches mit dem Umfang der Aufgaben übereinstimmt. Die Anzahl Soll-Stellen werden per 1.1.2012 festgelegt und dürfen bis auf weiteres nicht überschritten werden. Bei neuen Aufgaben, welche mit dem Aufbau von Ressourcen verbunden sind, muss jedes mal ein separater Entscheid gefällt werden (Regierungsrats- oder Kantonsratsbeschluss).

### 4.2 Finanzielle Konsequenzen

Folgende Tabelle fasst die finanziellen Gesamtauswirkungen der Massnahmenplanung zusammen:

| IAFP 2013-2016                                       |                   | Stand 8.Mai 2012  |                   |                   |
|------------------------------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Hochrechnung mit dem "Massnahmenplan 2013"           |                   |                   |                   |                   |
| Saldo nach Departementen                             |                   |                   |                   |                   |
| in Fr. 1'000.- (+) Aufwand - , (-) Ertragsüberschuss | <b>2013</b>       | <b>2014</b>       | <b>2015</b>       | <b>2016</b>       |
| Behörden IAFP                                        | 7'059             | 7'255             | 7'472             | 7'501             |
| Massnahmen                                           | 0                 | 100               | 100               | 100               |
| <b>Behörden IAFP new abzügl. Massnahmen</b>          | <b>7'059</b>      | <b>7'155</b>      | <b>7'372</b>      | <b>7'401</b>      |
| Bau- und Justizdepartement IAFP                      | 51'983            | 53'184            | 46'066            | 44'466            |
| Massnahmen                                           | 2'201             | 10'496            | 5'510             | 14'142            |
| <b>Bau- Justizdepartement IAFP new</b>               | <b>49'782</b>     | <b>42'688</b>     | <b>40'556</b>     | <b>30'324</b>     |
| Departement für Bildung und Kultur                   | 451'923           | 464'656           | 474'050           | 476'553           |
| Massnahmen                                           | 6'277             | 12'593            | 19'609            | 21'090            |
| <b>D. f. Bildung und Kultur IAFP new</b>             | <b>445'646</b>    | <b>452'063</b>    | <b>454'441</b>    | <b>455'463</b>    |
| Finanzdepartement                                    | -1'098'664        | -1'104'304        | -1'109'029        | -1'120'041        |
| Massnahmen                                           | 33'375            | 41'575            | 41'575            | 44'265            |
| <b>Finanzdepartement IAFP new</b>                    | <b>-1'132'039</b> | <b>-1'145'879</b> | <b>-1'150'604</b> | <b>-1'164'306</b> |
| Departement des Innern IAFP                          | 614'100           | 631'102           | 643'858           | 657'528           |
| Massnahmen                                           | 10'100            | 19'900            | 25'200            | 20'500            |
| <b>Departement des Innern IAFP new</b>               | <b>604'000</b>    | <b>611'202</b>    | <b>618'658</b>    | <b>637'028</b>    |
| Volkswirtschaftsdepartement IAFP                     | 69'916            | 71'767            | 72'614            | 54'523            |
| Massnahmen                                           | 200               | 200               | 200               | 200               |
| <b>Volkswirtschaftsdepart. IAFP new</b>              | <b>69'716</b>     | <b>71'567</b>     | <b>72'414</b>     | <b>54'323</b>     |
| Gerichte IAFP                                        | 22'402            | 22'402            | 22'402            | 22'402            |
|                                                      |                   |                   |                   |                   |
| Gesamtverwaltung IAFP                                | 118'718           | 146'063           | 157'433           | 142'933           |
| - Total Einsparungen Massnahmen                      | 52'153            | 84'864            | 92'194            | 100'297           |
| <b>Total Aufwandüberschuss</b>                       | <b>66'565</b>     | <b>61'199</b>     | <b>65'239</b>     | <b>42'636</b>     |

Die Auswirkung der Massnahmen auf die Einnahmen und Ausgaben kann wie folgt zusammengefasst werden:

| Massnahmenplan 2013        | 2013          | 2014          | 2015          | 2016           |
|----------------------------|---------------|---------------|---------------|----------------|
| <b>Aufwandreduktion</b>    | <b>21'563</b> | <b>40'674</b> | <b>56'004</b> | <b>55'107</b>  |
| BEH                        | -             | 100           | 100           | 100            |
| BJD                        | 1'811         | 3'006         | 5'020         | 6'152          |
| DBK                        | 6'277         | 12'593        | 19'609        | 21'090         |
| FD                         | 4'775         | 10'975        | 11'975        | 13'165         |
| DdI                        | 8'500         | 13'800        | 19'100        | 14'400         |
| VWD                        | 200           | 200           | 200           | 200            |
| <b>Ertragsverbesserung</b> | <b>30'590</b> | <b>44'190</b> | <b>36'190</b> | <b>45'190</b>  |
| BJD                        | 390           | 7'490         | 490           | 7'990          |
| FD                         | 28'600        | 30'600        | 29'600        | 31'100         |
| DdI                        | 1'600         | 6'100         | 6'100         | 6'100          |
| <b>Gesamtergebnis</b>      | <b>52'153</b> | <b>84'864</b> | <b>92'194</b> | <b>100'297</b> |

### 4.3 Vollzugsmassnahmen

Die vorliegenden Massnahmen werden dem Kantonsrat zur grundsätzlichen Genehmigung unterbreitet. Stimmt der Kantonsrat den einzelnen Massnahmen im Grundsatz zu, werden die entsprechenden Departemente mit der Ausarbeitung der konkreten Regierungsrats- oder Kantonsratsvorlagen beauftragt. Die definitive Beschlussfassung und anschliessende Umsetzung der Massnahmen erfolgt gestützt auf diese Detailvorlagen.

Über die einzelnen Massnahmen wird zentral durch das Finanzdepartement ein Controlling geführt.

### 4.4 Folgen für die Gemeinden

Folgende Massnahmen haben direkte Auswirkungen auf die Gemeinden:

| <b>Massnahmenplan 2013</b>                                            |
|-----------------------------------------------------------------------|
| <b>Aufwandreduktion</b>                                               |
| BJD_3 Keine Beiträge an Ortsplanungsrevisionen                        |
| BJD_8 Realisierung der Bodenkartierung aufschieben                    |
| BJD_9 Gelegentliches nachführen der Gefahrenkarten                    |
| BJD_12 Plafonierung ÖV-Angebot auf Stand 2013                         |
| DBK_12 Verzicht auf Frühfremdsprache Englisch                         |
| DBK_13 Verzicht auf Subventionierung der Teamteachinglektionen        |
| DBK_14 Verzicht auf Subventionierung der Wahl- & Freifächer der Sek-I |
| DBK_15 Lektionskürzung Sek K                                          |
| DBK_16 Lektionskürzung bildnerisches Gestalten                        |
| DBK_17 Lektionskürzung Werken in der Primarschule                     |
| DBK_18 Lektionskürzung Musikunterricht                                |
| DBK_19 Lektionskürzung Deutschunterricht                              |
| DBK_22 Reduktion Frühfremdsprachen                                    |
| <b>Gesamtergebnis</b>                                                 |

Die genauen finanziellen Auswirkungen der oben erwähnten Massnahmen für die Gemeinden lassen sich nicht eindeutig beziffern. Diese sind davon abhängig, ob die entsprechenden Dienstleistungen durch die Gemeinden auch ohne Kostenbeteiligung durch den Kanton weiterhin angeboten werden oder nicht.

### 4.5 Wirtschaftlichkeit

Die Wirtschaftlichkeit muss spezifisch auf der Stufe der Einzelmassnahmen beurteilt werden. Hierfür sind die geschätzten internen Personentage der Verwaltung enthalten.

## 5. Rechtliches

### 5.1 Rechtmässigkeit

Die vorliegenden Massnahmen stellen eine Absichtserklärung dar und haben entsprechenden internen Weisungscharakter. Erst die nachfolgenden Detailvorlagen der einzelnen Massnahmen werden zu rechtlich bindenden Verpflichtungen führen.

## 5.2 Zuständigkeit

Die Zuständigkeit der Massnahmen kann wie folgt dargestellt werden:

| Massnahmenplan 2013 ▾ | 2013          | 2014          | 2015          | 2016           | Folgejahr     |
|-----------------------|---------------|---------------|---------------|----------------|---------------|
| <b>Kantonsrat</b>     | <b>37'850</b> | <b>49'550</b> | <b>48'411</b> | <b>50'773</b>  | <b>50'535</b> |
| BJD                   | 90            | 1'090         | 90            | 90             | 90            |
| DBK                   | 1'260         | 1'260         | 1'821         | 2'383          | 2'345         |
| FD                    | 28'000        | 33'900        | 32'900        | 34'400         | 32'900        |
| Ddl                   | 8'500         | 13'300        | 13'600        | 13'900         | 15'200        |
| <b>Regierungsrat</b>  | <b>11'766</b> | <b>31'886</b> | <b>40'317</b> | <b>46'153</b>  | <b>37'958</b> |
| BEH                   | -             | 100           | 100           | 100            | 100           |
| BJD                   | 2'111         | 9'406         | 5'420         | 14'052         | 13'782        |
| DBK                   | 4'480         | 9'905         | 16'322        | 17'336         | 17'336        |
| FD                    | 4'875         | 7'175         | 8'175         | 9'365          | 6'440         |
| Ddl                   | 100           | 5'100         | 10'100        | 5'100          | 100           |
| VWD                   | 200           | 200           | 200           | 200            | 200           |
| <b>Departement</b>    | <b>2'537</b>  | <b>3'428</b>  | <b>3'466</b>  | <b>3'371</b>   | <b>3'314</b>  |
| DBK                   | 537           | 1'428         | 1'466         | 1'371          | 1'314         |
| FD                    | 500           | 500           | 500           | 500            | 500           |
| Ddl                   | 1'500         | 1'500         | 1'500         | 1'500          | 1'500         |
| <b>Gesamtergebnis</b> | <b>52'153</b> | <b>84'864</b> | <b>92'194</b> | <b>100'297</b> | <b>91'807</b> |

In Anbetracht der politischen Tragweite einzelner Vorschläge und dem Konflikt mit bereits beschlossenen Geschäften (Rückkommensanträge) unterbreiten wir Ihnen auch Massnahmen, welche eigentlich in der Kompetenz des Regierungsrates bzw. der Departemente wären.

## 6. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Peter Gomm  
Landammann

Andreas Eng  
Staatsschreiber



## 7. **Beschlussesentwurf**

### **Massnahmenplan 2013 zur Erreichung eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes**

Der Kantonsrat von Solothurn, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 8. Mai 2012 (RRB Nr. 2012/933), beschliesst:

1. Das Massnahmenpaket mit total 61 Einzelmassnahmen wird im Grundsatz genehmigt.
2. Die Departemente werden beauftragt, die entsprechenden Detailvorlagen zu erarbeiten und den jeweiligen Kompetenzträgern (Regierungsrat, Kantonsrat oder Volk) zur definitiven Beschlussfassung zu unterbreiten.
3. Über die beschlossenen Massnahmen wird durch das Finanzdepartement ein Controlling geführt.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

---

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

---

#### **Verteiler KRB**

Aktuarin der Finanzkommission (16)  
 Departemente (5)  
 Staatskanzlei  
 Amt für Finanzen (3)  
 Parlamentsdienste (2)  
 Traktandenliste Kantonsrat